

Sozialstruktur und soziale Lagen

7.1 Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa

Jule Adriaans

Universität Bielefeld

Stefan Liebig

Freie Universität Berlin

WZB/SOEP

Die Entwicklung der Einkommensunterschiede in Deutschland ist regelmäßig Gegenstand öffentlicher Debatten: Die einen brandmarken jegliche, noch so kleine Zunahme an Einkommensungleichheit und sehen darin einen weiteren Beweis für die Ungerechtigkeit der Gesellschaft. Andere verweisen darauf, dass das Ungleichheitsniveau in Deutschland gegenüber anderen Ländern eher moderat sei und angesichts dessen kein Grund zur Besorgnis bestehe. Es finden sich aber auch Stimmen, die Einkommensungleichheiten als notwendigen Bestandteil einer (sozialen) Marktwirtschaft sehen, weil Unterschiede in den individuellen Talenten, den getätigten Investitionen in die eigene Ausbildung oder auch der Leistungsbereitschaft honoriert werden müssten. Antworten auf die Frage, ob Einkommensungleichheiten groß oder klein, gut oder schlecht, gerecht oder ungerecht sind, hängen dabei immer auch von der normativen Perspektive ab, aus der diese beleuchtet werden. Die empirische Gerechtigkeitsforschung zeigt: Menschen unterscheiden sich in ihrer Präferenz für bestimmte Verteilungen und Verteilungsregeln und damit letztendlich auch in ihrer Bewertung der Einkommensverteilung. Diese subjektiven normativen Präferenzen und Gerechtigkeitsbewertungen stehen im Fokus dieses Kapitels.

7.1.1 Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe für eine gerechte Einkommensverteilung

Ob Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht bewertet werden, hängt davon ab, ob die Verteilungsergebnisse den normativen Vorstellungen, nach welchen Prinzipien Güter und Lasten in einer Gesellschaft verteilt werden sollten, zuwiderlaufen oder mit ihnen übereinstimmen. Auch wenn individuelle Vorstellungen von Gerechtigkeit durchaus heterogen sind, können vier grundlegende Verteilungsprinzipien unterschieden werden: Gleichheit, Bedarf, Leistung und Anrecht.

Das Gleichheitsprinzip verlangt, Güter und Lasten in einer Gesellschaft gleich zu verteilen. Stark ausgeprägte Einkommensungleichheiten laufen diesem Prinzip zuwider. Das Bedarfsprinzip setzt auf eine Verteilung, die individuell unterschiedliche Bedarfe anerkennt. Das Leistungsprinzip hingegen fordert, dass diejenigen in einer Gesellschaft mehr erhalten sollten, die höhere Leistungen erbringen. Ungleichheiten, die auf Leistungsunterschiede zurückzuführen sind, können demnach durchaus als gerecht bewertet werden. Gemäß des Anrechtsprinzips sollten Güter und Lasten auf Basis von Statusmerkmalen wie Familienansehen, Herkunft oder in der Vergangenheit Erreichtem verteilt werden.

► Info 1

Datengrundlage

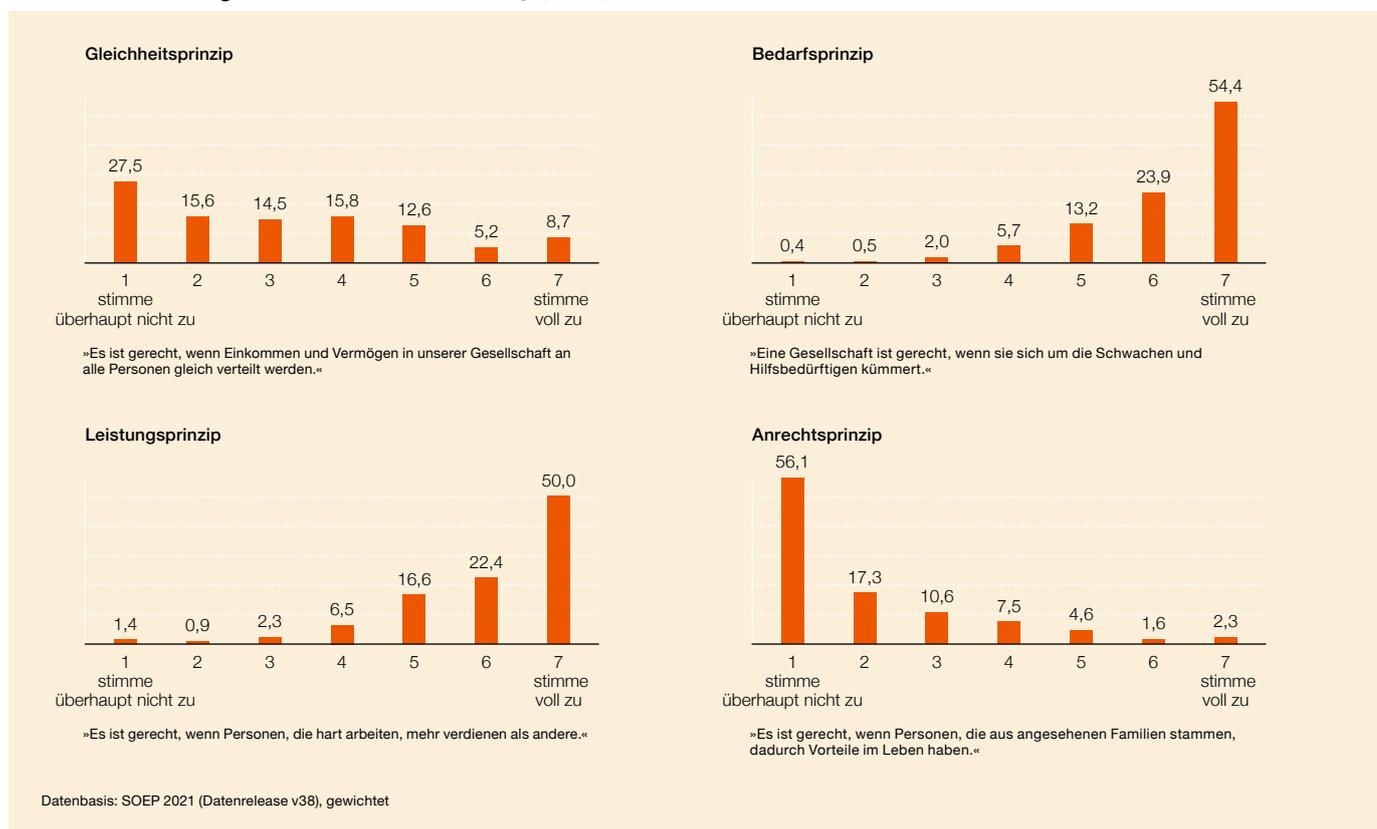
Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine jährlich am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte und Personen in Deutschland. Jedes Jahr werden dafür rund 20 000 Personen aus mehr als 13 000 Haushalten befragt. Das SOEP deckt eine Vielzahl von Themen ab: 2021 wurden die Personen insbesondere zu ihren Einstellungen zum Schwerpunktthema »Soziale Ungleichheit« befragt. Neben ihrer Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien Gleichheit, Bedarf, Leistung und Anrecht wurden sie auch danach gefragt, welche Faktoren ihrer Meinung nach in Deutschland darüber bestimmen, ob jemand erfolgreich ist. Fragen nach der wahrgenommenen Einkommensgerechtigkeit bilden einen regelmäßigen Bestandteil des SOEP. In den Jahren 2017, 2019 und 2021 wurden die erwerbstätigen Personen im SOEP zunächst gefragt, ob sie ihr Bruttoeinkommen – also das Einkommen vor Abgaben und Steuern – als gerecht oder ungerecht bewerten. Die Bewertung erfolgte dabei über eine elfstufige Skala, die zwischen ungerechterweise zu niedrigen, gerechten und ungerechterweise zu hohen Einkommen unterscheidet. Die Skala verläuft von –5 bis +5, wobei negative Werte ungerechte Unterbezahlung und positive Werte ungerechte Überbezahlung anzeigen. Der Skalenmittelpunkt 0 gibt an, dass ein Einkommen als gerecht bewertet wird. Geben die Befragten an, dass sie ihr eigenes Bruttoeinkommen als ungerecht bewerten, werden sie zusätzlich gefragt, wie hoch ein gerechtes Bruttoeinkommen für sie persönlich aussehen sollte. Im Anschluss werden sie um eine Bewertung des eigenen Nettoeinkommens gebeten. Bewerten sie dieses als ungerecht, werden sie außerdem nach der Höhe eines aus ihrer Sicht gerechten Nettoeinkommens gefragt.

Um die Befragungsdaten im europäischen Kontext zu interpretieren, wurden zwei weitere Datenquellen herangezogen: zum einen die Daten der 9. Welle des European Social Survey (ESS), mit denen sich für die Jahre 2018/19 die Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien Gleichheit, Bedarf, Leistung und Anrecht von rund 47 000 Befragten abbilden lässt. Zum anderen wurden Daten des International Social Survey Programme (ISSP) aus dem Jahr 2019 einbezogen, die Informationen zur Gerechtigkeitsbewertung der gesamten Einkommensverteilung von rund 23 000 Befragten bereitstellen. Sowohl ESS als auch ISSP sind etablierte ländervergleichende Umfrageprogramme, die regelmäßig in einer großen Zahl von Ländern mit wechselnden Themenschwerpunkten durchgeführt werden.

In der 2021 durchgeführten 38. Welle des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden Personen in Deutschland auch zu ihren Gerechtigkeitseinstellungen befragt. Auf einer Skala von 1 »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 »stimme voll zu« konnten sie ihre Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien ausdrücken. ► Info 1

In Abbildung 1 sind die Anteile der Personen in Deutschland dargestellt, die den jeweiligen Prinzipien unterschiedlich stark zustimmten oder nicht zustimmten. Für das Gleichheitsprinzip zeigte sich eher Ablehnung als Zustimmung: Während nur rund 9 % der Befragten der Aussage »Es ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft an alle Personen gleich verteilt werden« voll zustimmten, stimmten rund 28 % der Befragten der Aussage »Es ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft an alle Personen gleich verteilt werden« voll zustimmten, stimmten rund 28 % der Aussage überhaupt nicht zu. ► Abb 1

► Abb 1 Zustimmung zu verschiedenen Verteilungsprinzipien in Deutschland 2021 – in Prozent

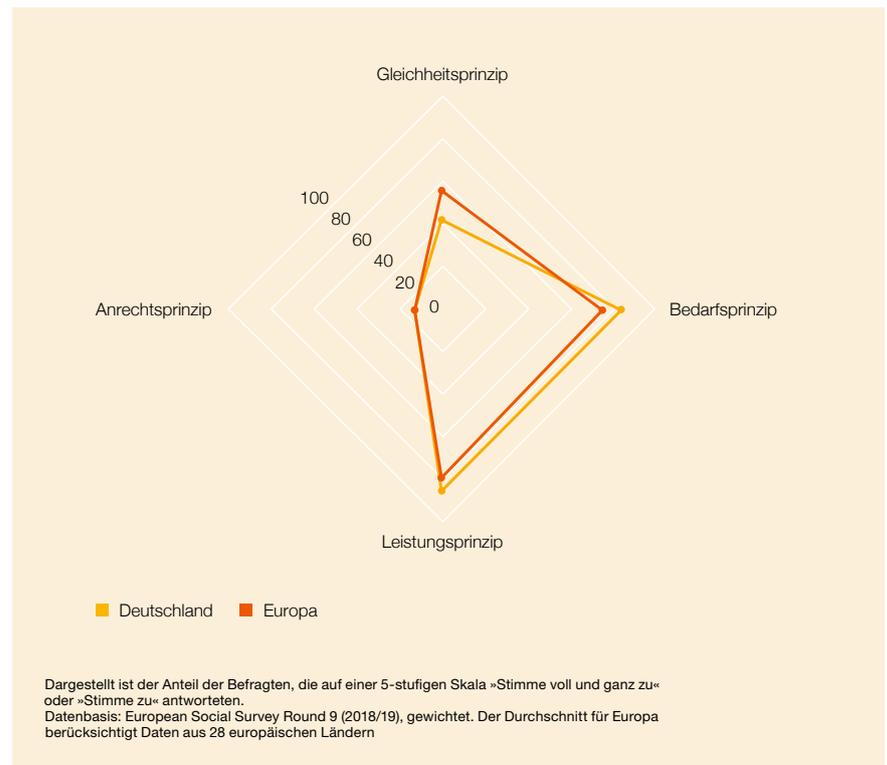


Beim Bedarfsprinzip – dem Grundpfeiler des modernen Wohlfahrtsstaats – stimmte die Mehrheit der Befragten der Aussage »Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um die Schwachen und Hilfsbedürftigen kümmert« voll zu (54%). Nur eine kleine Minderheit von nicht einmal einem halben Prozent stimmte der Aussage überhaupt nicht zu. Ähnlich stark war die Zustimmung zum Leistungsprinzip, das sich als ein zentrales normatives Verteilungsprinzip moderner Marktgesellschaften begreifen lässt. Rund 50% der Befragten stimmten der Aussage voll zu, dass wer mehr leiste, auch mehr bekommen solle.

Während Leistung als Verteilungskriterium bei einem großen Bevölkerungsanteil eine sehr hohe Anerkennung genoss, fand eine Verteilung nach dem Anrechtsprinzip – also auf Basis zugeschriebener oder erworbener Statusmerkmale – kaum Unterstützung. Eine breite Mehrheit stimmte der Aussage »Es ist gerecht, wenn Personen, die aus angesehenen Familien stammen, dadurch Vorteile im Leben haben« überhaupt nicht zu (56%).

Insgesamt zeigte sich, dass sowohl das Leistungs- als auch das Bedarfsprinzip die Vorstellungen der Menschen in Deutschland von einer gerechten Verteilung der Güter und Lasten mehrheitlich prägt. Mit dieser Konstellation aus Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit ist Deutschland nicht allein. Auch in vielen anderen europäischen Ländern fanden diese beiden Verteilungsprinzipien eine deutliche Zustimmung. Im European Social Survey (ESS) wurden Personen in ganz Europa bereits 2018/19 zu ihren Einstellungen zu den vier Verteilungsprinzipien befragt. Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt war die Zustimmung zum Gleichheitsprinzip in Deutschland deutlich geringer verbreitet, während die Zustimmung zum Leistungs- und Bedarfsprinzip höher ausfiel. Beide Prinzipien schließen sich also keineswegs aus. Vielmehr ging die Erwartung, dass individuelle Leistung belohnt werden solle, mit einer breiten Befürwortung des Prinzips einher, dass eine grundlegende Bedarfsabsicherung Teil einer gerechten Gesellschaft sei. ▶ **Abb 2**

▶ **Abb 2** Anteil der Befragten in Deutschland und Europa, die verschiedenen Verteilungsprinzipien zustimmen, 2018/19 – in Prozent

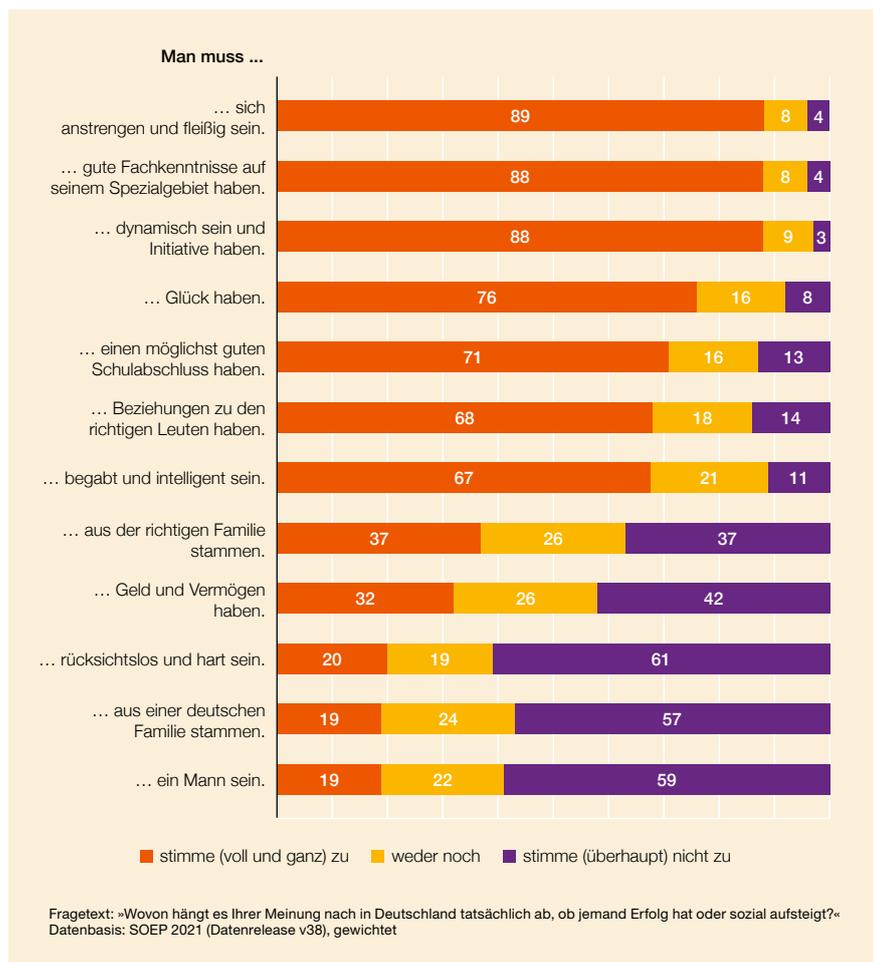


7.1.2 Ideale und tatsächliche Verteilungsprinzipien in der Wahrnehmung der Menschen

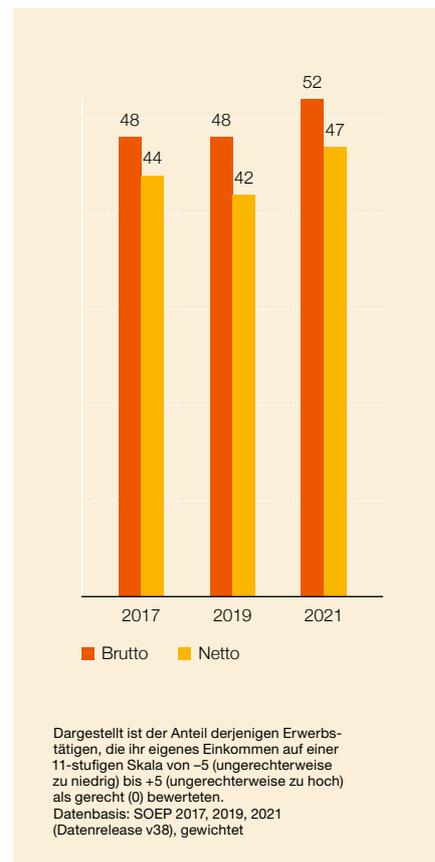
Die jeweilige Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien bildet die Vorstellungen der Menschen ab, wie eine gerechte Gesellschaft ihre Güter und Lasten idealerweise verteilen sollte. Gerechtigkeitsbewertungen beziehen sich demgegenüber auf den Vergleich dieses Soll-Zustandes mit dem Ist-Zustand. Weicht Letzterer vom als gerecht angesehenen Zustand ab, wird Ungerechtigkeit wahrgenommen. Auf die Frage, welche Faktoren in Deutschland tatsächlich über den individuellen Erfolg bestimmen, antworteten fast 90% der Befragten, man müsse »sich anstrengen und fleißig sein«, »gute Fachkenntnisse auf seinem Spezialgebiet haben« und »dynamisch sein und Initiative haben«. Erfolg hing für die meisten der Befragten also von der individuellen Leistung ab. Allerdings gaben drei von vier befragten Personen an, dass auch

Glück eine wichtige Rolle spiele. Jeweils rund ein Drittel der Befragten war der Meinung, dass Erfolg auch darauf beruhe, Geld und Vermögen zu haben oder aus der richtigen Familie zu stammen. Aus ihrer Sicht ergab sich tatsächlicher Erfolg damit aus dem Anrechtsprinzip, das – wie oben gesehen – von der Mehrheit der Befragten nicht als ein gerechtes Verteilungskriterium akzeptiert wird. Soll- und Ist-Zustand einer gerechten Verteilung von Gütern und Lasten klafften offenbar zumindest für einen Teil der Befragten auseinander und lassen ein Gerechtigkeitsdefizit vermuten. Jeweils rund ein Fünftel der Befragten gab an, dass das Geschlecht einer Person oder die Herkunft aus einer deutschen Familie wichtige Faktoren seien, um in Deutschland Erfolg zu haben. Beide Kriterien widersprechen den mehrheitlichen Gerechtigkeitsvorstellungen und deuten auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten und Diskriminierung hin. ▶ **Abb 3**

► Abb 3 Zustimmung zu Erfolgsfaktoren in Deutschland 2021 – in Prozent



► Abb 4 Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland, die ihr Brutto- und Nettoeinkommen als gerecht ansehen – in Prozent



7.1.3 Wahrnehmung des eigenen Einkommens als gerecht

Der Abgleich zwischen den normativen Gerechtigkeitsprinzipien, die aus Sicht der Befragten die Verteilung von Gütern und Lasten bestimmen sollten, und den Faktoren, die in der Wahrnehmung der Befragten tatsächlich bestimmen, ob jemand in Deutschland Erfolg hat, deuten bereits auf mögliche Gerechtigkeitsdefizite hin. Wie jedoch steht es um die Gerechtigkeitswahrnehmung in Deutschland, wenn es ganz konkret um das eigene Einkommen geht? Wird dieses als gerecht empfunden? Um sich dieser Frage zu nähern, werden Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 2017, 2019 und 2021 verwendet.

Zu diesen drei Zeitpunkten empfand rund die Hälfte der befragten Erwerbstätigen das eigene Bruttoeinkommen – also das Einkommen, das sie ohne Abzüge von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen bekommen – als gerecht. Dieser Anteil fällt deutlich niedriger aus, wenn das Nettoeinkommen – also das Einkommen nach Steuern und Abgaben – bewertet wird. Hier lag der Anteil der befragten Erwerbstätigen, die ihr Nettoeinkommen als gerecht empfinden 2017 bei rund 44 %, im Jahr 2019 bei etwa 42 % und im Jahr 2021 bei rund 47 %. Damit beurteilte fast die Hälfte der befragten Erwerbstätigen die Höhe des eigenen Einkommens als gerecht, im Umkehrschluss bedeutet dies aber, dass die andere Hälfte das eigene

Einkommen als ungerecht einschätzte. Dabei gilt, dass der Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen den Anteil derjenigen, die ihr Einkommen als ungerecht empfinden, erhöhte. ► Abb 4

Auch wenn Nettoeinkommen im Vergleich zu Bruttoeinkommen im Durchschnitt als ungerechter eingeschätzt wurden, zeigte sich gleichzeitig eine breite Unterstützung für steuerfinanzierte Sozialinvestitionen. Die Befragten des SOEP wurden direkt gefragt, ob sie bestimmte politische Maßnahmen unterstützen würden, auch wenn diese mit Steuererhöhungen oder Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge verbunden wären. Maßnahmen zur verbesserten Bezahlung von Kranken- und Pflegepersonal, zur

Bereitstellung von Sozialleistungen für erwerbstätige Eltern und zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit in der Bildung fanden eine breite Unterstützung, auch wenn die Finanzierung dieser Maßnahmen höhere Steuern bedeuten würde. Keine breite Unterstützung fand sich hingegen für die steuerfinanzierte Unterstützung von großen Unternehmen und Konzernen im Fall von Wirtschaftskrisen. ▶ Abb 5

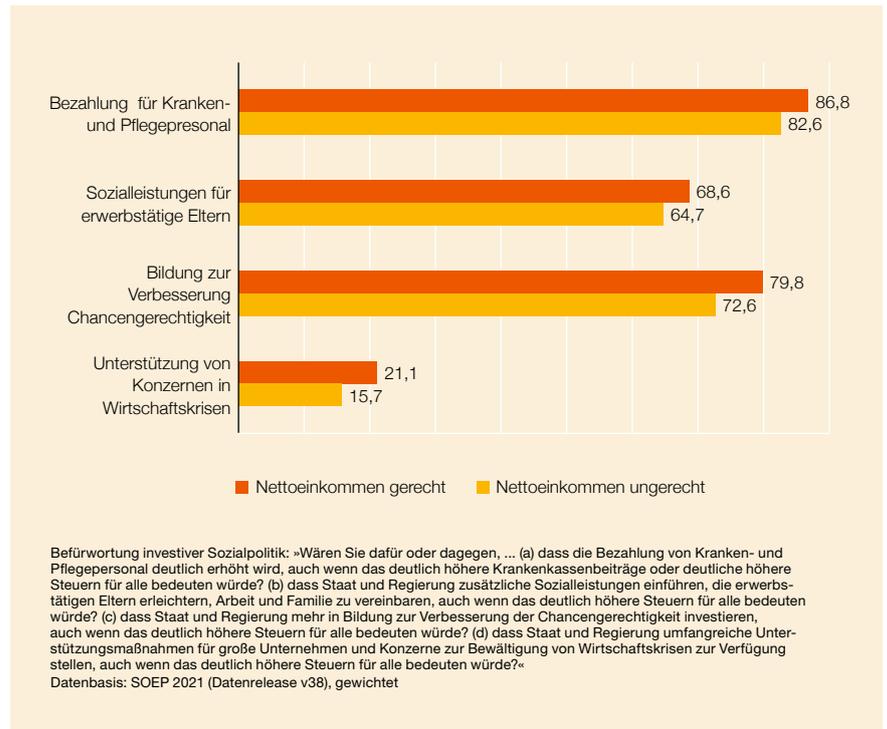
Selbst wenn die Befragten ihr Nettoeinkommen als ungerecht empfanden, befürworteten sie mehrheitlich investive Sozialausgaben, die mit Steuererhöhungen einhergehen würden – allerdings etwas seltener als Personen, die ihr Nettoeinkommen als gerecht bewerteten.

7.1.4 Gerechtigkeitsbewertung der Einkommensverteilung

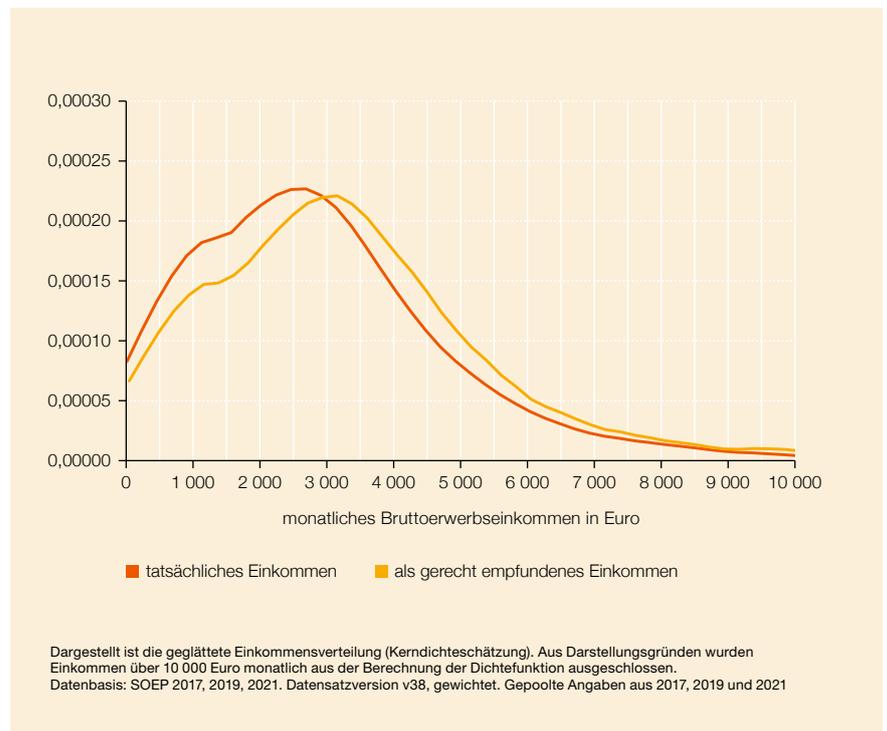
Viele Erwerbstätige in Deutschland empfinden ihr eigenes Einkommen als ungerecht. Aber wie würde die Einkommensverteilung in Deutschland aussehen, wenn alle das Bruttoeinkommen erhalten würden, das sie als gerecht erachten? In den Erhebungen des SOEP wurde auch nach der konkreten Höhe gefragt, die das eigene Einkommen haben müsste, um gerecht zu sein. Für Personen, die ihr Einkommen als gerecht bewerteten, waren tatsächliches und gerechtes Einkommen identisch, für alle anderen unterschied sich der gerechte vom tatsächlichen Einkommensbetrag. Berechnet man aus diesen Angaben eine aus Perspektive der Befragten »gerechte« Einkommensverteilung, kann diese mit der tatsächlichen Einkommensverteilung verglichen werden. Der Vergleich in Abbildung 6 zeigt, dass eine solche »gerechte« Einkommensverteilung gegenüber der realen Verteilung leicht nach rechts verschoben ist, die Beschäftigten in Deutschland in einer »gerechten« Welt also mehr Einkommen für ihre Arbeit bekommen würden. ▶ Abb 6

Besonders deutlich ist diese Verschiebung bei Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Dies wird auch deutlich, wenn die durchschnittlichen Monatseinkommen der obersten und untersten 10 % in der Einkommensverteilung

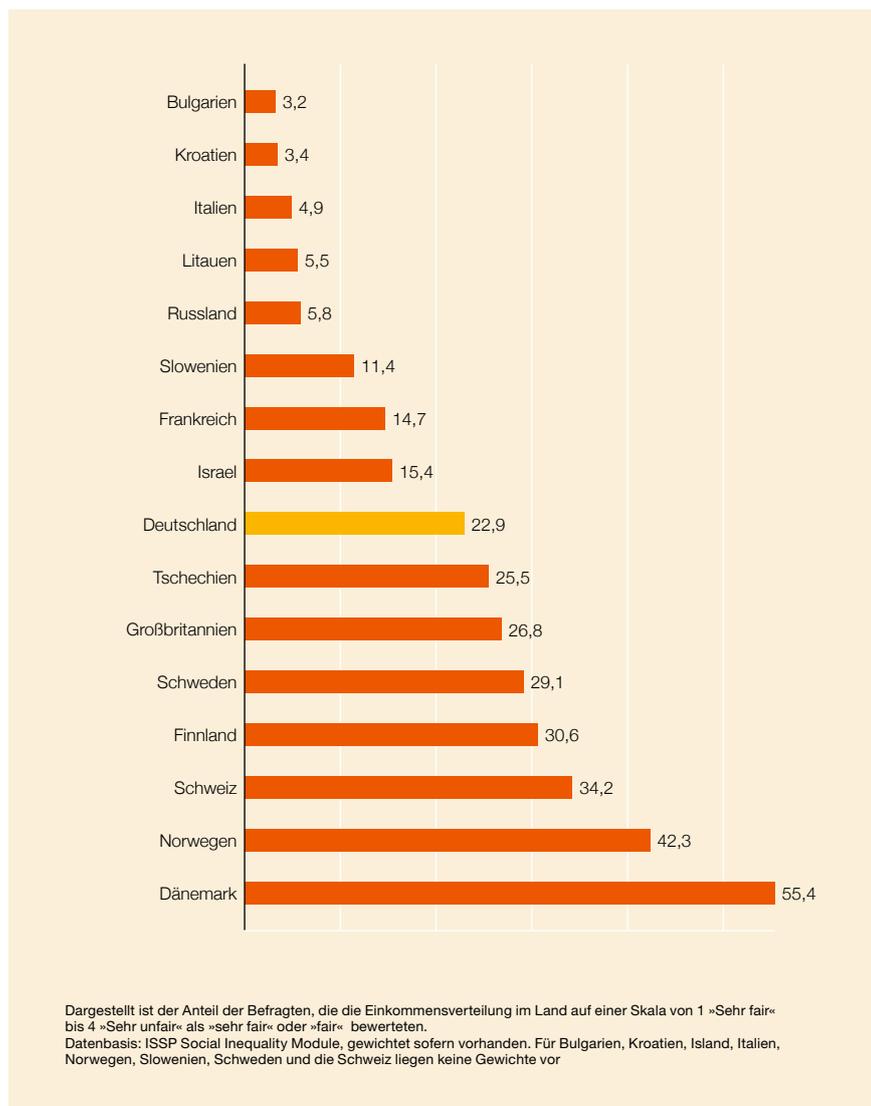
▶ Abb 5 Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland, die Maßnahmen investiver Sozialpolitik befürworten, 2021 – in Prozent



▶ Abb 6 Tatsächliche und gerechte Verteilung der Bruttoerwerbseinkommen in Deutschland 2017/2019/2021



► **Abb 7** Anteil der Personen in verschiedenen europäischen Ländern, die die Einkommensverteilung als gerecht bewerten, 2019 — in Prozent



lung ins Verhältnis gesetzt werden. Dieser Indikator, der auch als »P90/10« bezeichnet wird, zeigt an, dass bei der tatsächlichen Verteilung der Bruttoeinkommen die Spitzenverdiener rund zehnmal so viel verdienen wie die Niedrigverdiener. Würden alle Befragten das für sie persönlich als gerecht empfundene Einkommen verdienen, würden die obersten 10 % nur siebenmal so viel verdienen wie die untersten 10 %. Das Verhältnis wäre damit weniger ungleich.

Die Verteilung auf Basis »gerechter« persönlicher Einkommen folgt dennoch keinem Gleichheitsideal. Auch wenn alle befragten Beschäftigten das Einkommen bekämen, das sie für sich persönlich als gerecht bewerteten, würde es nach wie vor deutliche Einkommensungleichheiten in Deutschland geben. Dies spiegelt sich auch in der eher geringen Zustimmung für das Gleichheitsprinzip und der hohen Zustimmung zum Leistungsprinzip wider. Insbesondere am unteren Ende der Ein-

kommensverteilung zeigt sich dabei ein empfundenes Gerechtigkeitsdefizit.

Bei der Berechnung der »gerechten« Einkommensverteilung in Abbildung 6 wurde nur berücksichtigt, welches Einkommen Erwerbstätige in Deutschland für sich selbst als gerecht betrachten würden. Bei der Frage, wie gerecht die Einkommensverteilung in Deutschland ist, geht es jedoch nicht nur um das eigene Einkommen, sondern auch um die Einkommen anderer. Auch wenn ich mich selbst gerecht entlohnt fühle, kann ich ungerecht finden, was andere Menschen um mich herum verdienen. Informationen dazu, wie diese Einkommensverteilung von der Bevölkerung bewertet wird, stellt die Erhebung des International Social Survey Programme (ISSP) aus dem Jahr 2019 bereit. Befragte aus verschiedenen Ländern sollten angeben, ob sie die Einkommensverteilung in ihrem Land als »sehr gerecht«, »gerecht«, »ungerecht« oder »sehr ungerecht« einschätzen. In Abbildung 7 ist für verschiedene europäische Länder und Israel der Anteil der Personen dargestellt, die die Einkommensverteilung als »sehr gerecht« oder »gerecht« bewerteten. Dänemark ist das einzige Land, in dem die Einkommensverteilung mehrheitlich als gerecht bewertet wurde. In Deutschland bewertete nur rund ein Fünftel der Befragten die Einkommensverteilung als mindestens gerecht. Trotz dieser recht negativen Sicht auf die Einkommensgerechtigkeit im Land liegt Deutschland mit diesem Wert noch im europäischen Mittelfeld. In Bulgarien, Kroatien, Italien, Litauen und Russland bewerteten weniger als 10 % der Befragten die Einkommensverteilung in ihrem Land als gerecht. ► **Abb 7**

Im Ergebnis zeigt sich eine deutlich kritischere Einschätzung, wenn es um die Einkommensverteilung als Ganzes und nicht die eigene Einkommenssituation geht. Die unterschiedlichen Datenquellen, Befragungszeitpunkte und zugrunde liegenden Erhebungsinstrumente lassen keinen direkten Vergleich der Einschätzung der eigenen Einkommen im SOEP und der Einschätzung der Einkommens-

verteilung im ISSP zu. Die darin enthaltenen Muster deuten jedoch darauf hin, dass die Befragten Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung wahrnehmen, auch wenn sie sich selbst nicht davon betroffen fühlen.

7.1.5 Zusammenfassung und Fazit

Eine Grundannahme der empirischen Gerechtigkeitsforschung lautet, dass Ungleichheit vor allem dann mit negativen gesellschaftlichen Konsequenzen verbunden ist, wenn die Ungleichheit als ungerecht bewertet wird. Ein Blick auf die normativen Vorstellungen in Bezug auf eine gerechte Verteilung in Deutschland zeigt: Die individuelle Leistung und der individuelle Bedarf sind anerkannte Prinzipien für eine gerechte Einkommensverteilung. Eine Verteilung nach dem Prinzip der Gleichheit findet in Deutschland relativ wenig Zustimmung. Das Anrechtsprinzip wird von einer großen Mehrheit abgelehnt. Trotz dieser deutlichen Ablehnung werden der familiäre Hintergrund, Einkommen und Vermögen oder das Geschlecht durchaus als Faktoren identifiziert, die darüber be-

stimmen, ob eine Person in Deutschland Erfolg hat und sozial aufsteigen kann. Diese Diskrepanz zwischen normativem Soll- und wahrgenommenem Ist-Zustand verweist auf mögliche Gerechtigkeitsdefizite in Deutschland.

Nur knapp die Hälfte der Erwerbstätigen in Deutschland war in den Jahren 2017, 2019 und 2021 der Meinung, dass ihr Bruttoeinkommen gerecht sei. Aber auch wenn man berücksichtigt, dass viele in Deutschland ihr Einkommen als ungerecht bewerten, zeigt sich, dass eine Einkommensverteilung, die sich daran orientiert, welches Einkommen Erwerbstätige für sich selbst als gerecht ansehen, nach wie vor große Einkommensunterschiede aufweist. Allerdings würden in einer solchen »gerechten« Welt vor allem diejenigen mit niedrigen und mittleren Einkommen mehr verdienen. Auch in Bezug auf die Einkommensverteilung insgesamt findet sich in Deutschland eine deutliche Ungerechtigkeitswahrnehmung. Eine ungleiche Einkommensverteilung wird zwar nicht per se abgelehnt, die tatsächliche Verteilung weicht aber dennoch von der als gerecht erachteten Verteilung ab.